

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Hirringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadenstr.

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen
vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeilen ist Berlin.

Berlin, den 23. August 1930

Weniger Unterstützte - mehr Arbeitslose!

Zu Brüning's Wahlbluff.

Verl. ins. Welt
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Nicht nur die Regierungspresse, sondern die Regierung Brüning selbst hat zum Staunen und zur Verwunderung der Öffentlichkeit kund und zu wissen gegeben, dass die Ankurbelung der Wirtschaft durch zusätzliche Arbeitsbeschaffung nunmehr begonnen hat. Der tote Arbeitsmarkt soll mit der Einmilliarden-spritze wieder zum Leben erweckt werden. Die Arbeitslosen hören die frohe Botschaft und - stellen in den Arbeitsnachweisen fest, dass das Heer der Arbeit-suchenden nicht ab-, sondern zunimmt. Auch die neuen amtlichen Arbeitslosenziffern bestätigen, dass die Not sich nicht mildert, sondern steigt.

Wie lautet der neue Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitsmarktlage? Die Entwicklung in der ersten Hälfte des August ist gekennzeichnet durch eine geringe Entlastung der Arbeitslosenversicherung bei wachsender Zahl der Krisen-unterstützten. Während im letzten Berichtsabschnitt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung um rund 28 000 zugenommen hatte, hat sie jetzt einen Rückgang um rund 3000 auf 1 494 000 erfahren. Die Krisenunterstützten haben jedoch um rund 17 000 auf über 420 000 zugenommen. Beide Einrichtungen zusammen haben eine Belastung von 1 915 000 Unterstützten erreicht, die Ueberlagerung gegenüber dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres beläuft sich auch weiterhin auf mehr als eine Million. Der Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist vermutlich im ganzen eine Folge der zahlreichen Aussteuerungen von Arbeitslosen, deren Unterstützungsansprüche erschöpft sind.

Die Zahl der verfügbaren Arbeit-suchenden bei den Arbeitsämtern ist gestiegen. Das Anwachsen von rund 2 765 000 am 31. Juli auf rund 2 845 000 am 15. August also um etwa 80 000, ist ein Zeichen für eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Bei den genannten Zahlen sind, wie immer, solche Arbeit-suchende abgesetzt, die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung sind oder in Notstandsarbeit beschäftigt werden. Feierschichten und Kurzarbeit haben nach den Meldungen der Landesarbeitsämter weiter zugenommen. Auch Stilllegungsanträge liegen wiederum vor, wenn auch in etwas geringerem Masse als im Juli. Eine sichtbare Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung war in der Berichtszeit noch nicht zu erwarten.*

Selbstverständlich konnte sich die Arbeitsbeschaffung der Regierung in den letzten 14 Tagen noch nicht auswirken, da sie ja erst jetzt angeblich mit Voll-dampf einsetzen soll, nachdem man bereits über ein Viertel Jahr grosse Töne über diese Arbeitsbeschaffung geredet hat. Der erschütternde Bericht der Reichsanstalt ist die denkbar schärfste Anklage gegen die Reichsregierung, die seit Monaten nur einseitig Finanzpolitik, aber keine Sozialpolitik getrieben hat und sich keine Sorgen über die Folgen dieser Einseitigkeit machte. Jetzt, wo die Wahlen vor der Tür stehen, verspricht manden Arbeitslosen Wunder. Dabei kann im besten Fall mit der Arbeitsbeschaffung das upaufhaltsame Steigen der Zahl der Arbeit-suchenden vielleicht etwas gebremst werden. Ein schlechter Trost für die

Arbeitslosen, die gehofft hatten, doch wenigstens vor dem Eintritt des Winters einige Wochen oder Monate noch ein paar Groschen zu verdienen. Man muss sich vorstellen, dass die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter im Augenblick viermal so gross ist als im Vorjahr.

Wieder einmal werden die Arbeitslosen mit dem Hinweis auf Arbeitsbeschaffung vertröstet. Auf diese Weise glaubt die Regierung sich abermals um eine Erweiterung der Krisenfürsorge herumdrücken zu können, obwohl, wie der Bericht der Reichsanstalt zeigt, die Aussteuerungen aus der Arbeitslosenversicherung zunehmen. Dieser Abstieg der Zahl der Krisenunterstützten, wozu dann noch die wachsende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen kommt, verrät deutlich, dass von einer Besserung auf dem Arbeitsmarkt nicht gesprochen werden kann und noch viel weniger von einer Besserung des Loses der Arbeitslosen. Warum nehmen denn die Aussteuerungen zu? Weil der Bezug der Arbeitslosenunterstützung erschwert worden ist, weil die Notverordnung der Regierung Brüning zum Zweck des Abbaues des Arbeitslosenschutzes sich jetzt auswirkt. Die Leistungen wurden verschlechtert, die Wartezeit wurde verlängert. Daher wird die Unterstütztenzahl kleiner. Die Regierung Brüning führt nicht einen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, sondern einen Kampf gegen die Arbeitslosen.

SPD. Liegnitz, 23. August (Eig. Drahtb.)

Die Liegnitzer Polizeiverwaltung hat am Sonnabend mit sofortiger Wirkung alle öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel verboten.

SPD. Paris, 23. August (Eig. Drahtb.)

In Marseille wird infolge des vor kurzem erfolgten Todes des sozialistischen Abgeordneten Cadenat demnächst eine Ersatzwahl für die Kammer stattfinden. Für die sozialistische Partei wird voraussichtlich der Bürgermeister von Marseille und frühere Senator Flaissières kandidieren.

SPD. Stockholm, 23. August (Eig. Drahtb.)

Die Berichte über das Auffinden der Andrééschen Polarexpedition auf der "Weissen Insel" bei Franz Josefs-Land haben in Schweden grosses Aufsehen erregt. Die Blätter bringen in längeren Artikeln ausführliche Würdigungen des kühnen Versuchs Andréés, im Ballon den Nordpol zu überfliegen. Die schwedische Regierung hat sich telegrafisch an den schwedischen Konsul in Tromsö gewandt und einen amtlichen Bericht über die Funde angefordert. Es wird erwartet, dass die Leichen der Expeditionsteilnehmer und die Ueberbleibsel des Lagers Mitte September in Norwegen eintreffen werden. Voraussichtlich wird dem Transport ein schwedisches Panzerschiff entgegengeschickt werden, das die Ueberreste auf schwedischen Boden überführen soll, wo Andrée und seinen Begleitern ein feierliches Begräbnis bereitet werden wird.

SPD. Paris, 23. August (Eig. Drahtb.)

Aus einem guten Hotel des Pariser Zentrums ist vor einigen Tagen der aus Regensburg gebürtige 24 Jahre alte Kaufmann Georg Michael Rummel verschwunden. Er war nicht aus Deutschland, sondern aus Moskau in die französische Hauptstadt gekommen und trug ein äusserst niedergeschlagenes Wesen zur Schau, sodass der Direktor des betreffenden Hotels zuerst auf den Gedanken eines Selbstmordes kam. Später jedoch stellte es sich heraus, dass Rummel die Stadt Moskau aus noch unbekanntem Gründen fluchtartig verlassen hat und sich auch in Paris verfolgt

glaubte. zwei Tage vor seinem Verschwinden erzählte er Freunden, dass ihn zwei Individuen verfolgten, die er sich erinnerte, aus Moskau zu kennen.

SPD. Hannover, 23. Aug. (Eig. Drahtb.)

Der Polizeipräsident teilt mit: "Der Sprengkörper der in dem hiesigen Gewerkschaftshaus aufgefundenen Höllmaschine enthielt unter einer kleinen zum Zünden bestimmten Schwarzpulverladung eine gelbliche körnige Hauptladung, die nach Jnaugenscheinnahme der Sachverständigen als eines der bekannten hochbrisanten Sprengmittel angesprochen würde. Die inzwischen erfolgte chemische Untersuchung ergab dagegen, dass es sich wahrscheinlich um ein Gemisch von technischem Chlorkali, Silvon oder etwas ähnliches mit Kalksalpeter oder Natriumsalpeter handelt. Es liegt also demnach kein Sprengstoff, sondern irgend ein Kalisalpetermischdünger vor. Der ganze Apparat mitsamt dem Sprengkörper ist zur eingehenden Untersuchung der Chemisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin übergeben worden."

Hierzu schreibt der Vorsitzende des Fabrikarbeiter-Verbandes Brey im sozialdemokratischen "Volkswille": "Am 21. September 1921 wurde Oppau, ein Städtchen bei Ludwigshafen, von einer Katastrophe heimgesucht. 800 Wohngebäude wurden gänzlich zerstört oder derart beschädigt, dass sie abgetragen werden mussten. 2000 Nebengebäude wurden völlig zerstört oder so verwüstet, dass sie neu errichtet werden mussten. Die restlichen 250 Wohngebäude sowie 600 Nebengebäude wurden ausnahmslos schwer beschädigt. Ihre Wiederinstandsetzung war nur unter grossem Kostenaufwand möglich. In der Umgegend Oppaus wurden 70 landwirtschaftliche Nebengebäude vollständig zerstört und 30 landwirtschaftliche Gebäude schwer beschädigt. An Menschenleben wurden 560 Tote, dazu über 30 Vermisste gemeldet. Die 30 Vermissten waren bei der Explosion von auseinandergerissenen Maschinenteilen zentnerschweren Kesselteilen, Holz und anderen Dingen verschüttet. Endgültig festgestellt wurden 600 Tote und rund 2000 Verletzte. Der Explosionsherd war ein Kunstdüngersilo, der Explosionsstoff war Kunstdünger. Amtlich ist heute noch nicht zweifelsfrei festgestellt, welches die Ursachen der Explosion gewesen sind aber die Verwüstungen selbst hat der Schreiber dieser Zeilen mit eigenen Augen gesehen. Anstelle des Silos war ein riesengrosser Explosionstrichter. Die benachbarten Gebäude, Angestelltenkasinos, Verwaltungsgebäude und andere waren zerstört. Wochenlang dauerten die Ausgrabungen der Verschütteten. Das ist die Wirkung von Kunstdünger."

SPD. Bunzlau, 23. August (Eig. Drahtb.)

Am Freitag Abend kam es hier zu blutigen Zusammenstössen mit der Polizei. Drei Personen, zwei Arbeiter und ein Schneidermeister fanden den Tod, sechs wurden schwer und zahlreiche Personen leicht verletzt.

Am Freitag Abend veranstalteten die Nationalsozialisten im Odeon eine Wahlversammlung. Da der Polizei bekannt geworden war, dass die Kommunisten aus Anlass dieser Versammlung Demonstrationen beabsichtigten, war am Nachmittag ein grosser Teil der Landjägerei des Kreises in Bunzlau zusammengezogen worden; ausserdem waren Verstärkungen aus Görlitz herangezogen worden. Die Beamten erhielten den Auftrag, die Zugangsstrassen zu dem Versammlungslokal abzusperren. Trotzdem gelang es mehreren hundert Kommunisten, die Absperrung zu durchbrechen. Als sie schliesslich auch versuchten, in das Versammlungslokal einzudringen, wurde ein Feuerwehrauto eingesetzt und der Versuch gemacht, die Menge mit Wasserstrahlen aufeinanderzutreiben. Die Demonstranten bemächtigten sich jedoch des Fahrzeuges und warfen die Ansaugschläuche in den Odeonteich. Später wurde die Polizei mit Steinen beworfen. Einem Beamten wurde ein tiefes Loch in den Kopf geworfen; er stürzte zu Boden. Jetzt machten die Beamten von der Waffe Gebrauch, indem sie zunächst mehrere Schreckschüsse abgaben. Wie es heisst, stürmte die Menge trotzdem weiter auf die Beamten ein, die schliesslich scharf schossen. Da man weitere Zusammenstösse befürchtet, werden die polizeilichen Verstärkungen bis auf weiteres

in Bunzlau bleiben.

Der Ortsverein Bunzlau der Sozialdemokratischen Partei und das Gewerkschafts-Kartell haben eine Untersuchung über die Ursachen des blutigen Zwischenfalls eingeleitet. Sie wollen vor allem feststellen, ob die Polizei tatsächlich in Notwehr gehandelt hat. Nach dem Bericht der Bunzlauer Polizeiverwaltung lag zweifelsfrei Notwehr vor. Die Kommunisten veranstalteten am Sonnabend nachmittag um 5 Uhr auf dem Rathausplatz eine Demonstration, die stark besucht war. Später zogen sie an dem Landratsamt vorbei und stiessen gegen den sozialdemokratischen Landrat Koehne Drohungen aus. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

SPD. Paris, 23. August (Eig. Drahtb.)

Der "quai d' Orsay" hat am Sonnabend an die am Europaprojekt beteiligten Regierungen die Einladung ergehen lassen, ihre Delegierten bereits zum 8. September nach Genf zu entsenden, weil die Aussprache über den Plan einer europäischen Gemeinschaftsorganisation schon vor dem Zusammentritt der Völkerbundversammlung eröffnet werden soll. An Pariser zuständiger Stelle ist man der Auffassung, dass eine 2 bis 3 tägige Diskussion ausreichen wird, um alle Regierungen in einer Art Generaldebatte zu Worte kommen zu lassen und dass danach die Weiterberatung am zweckmässigsten im Rahmen der Vollversammlung des Völkerbundes selbst geführt werde. Es soll damit offenbar zum Ausdruck gebracht werden, dass es keineswegs in der Absicht der europäischen Regierungen liegt, die übrigen Mitglieder des Völkerbundes auszuschalten, zumal die europäische Föderation nur als eine Sektion des Völkerbundes geplant ist.

Wie wir erfahren, beabsichtigt Briand, das an die europäischen Regierungen gesandte Weissbuch durch ein Exposé zu ergänzen, das die von den europäischen Regierungen in ihren Antworten auf sein Memorandum geltend gemachten Gesichtspunkte zusammenfassen, sich aber auf eine rein analytische Darstellung beschränken wird. Dieses Exposé soll jedoch erst in Genf überreicht werden. Seine eigene Auffassung bzw. die Stellungnahme der französischen Regierung will Briand einem mündlichen Referat, mit dem die Diskussion eröffnet werden soll, vorbehalten.

SPD. Innerhalb der Potsdamer Reichwehrgarnison bestehen - wie der Berliner "Abend" in seiner Sonnabend-Ausgabe meldet - nationalsozialistische Zellen. So ist der Führer des Jagdwagens des Standortältesten von Potsdam eingeschriebenes Mitglied der NSDAP. Auch die Nachrichtenabteilung von Potsdam unterhält enge Beziehungen zur Hitlerpartei. An den Abend- und Nachtmärschen der SA-Abteilung Potsdam haben 14 Angehörige der 6. Kompagnie des Infanterieregiments IX teilgenommen, darunter auch ein Soldat, der in nationalsozialistischen Kreisen den Spitznamen "General Heinrich" trägt. Die nationalsozialistischen Reichwehrmitglieder nehmen an diesen Märschen in SA-Kleidung mit Reichwehrmüteln teil. Ihre Uniform verbergen sie in der Zwischenzeit unter einem Chaiselongue in dem früheren Gasthaus Richter am Alten Markt, einer Nazi-Kneipe. Auch mit dem Stahlhelm unterhält die Potsdamer Reichwehr enge Beziehungen. So hat der Reichwehrmusiker Ziegenhagen an einer Stahlhelmkundgebung in Hamburg als Tambour-Major mitgewirkt.

Die Reichwehrangehörigen werden ähnlich wie die Beamten, denen die Zugehörigkeit zur NSDAP untersagt ist, mit falschen Namen in den Ortsgruppenlisten, oder als Einzelmitglieder bei der Reichsparteileitung geführt.

SPD. Prag, 23. August (Eig. Drahtb.)

Die Flugzeugkatastrophe bei Jglau hat inzwischen ein elftes Todesopfer gefordert. Der schwerverletzte Journalist Ludolf Löwenstein aus Danzig ist seinen Verletzungen erlegen.

Vorläufig ist noch unbekannt, wie das Unglück vor sich ging. Man nimmt an, dass das Flugzeug vom Blitz getroffen wurde.

SPD. Bunzlau, 23. August (Eig. Drahtb.)

Die Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Bunzlau, und das Gewerkschaftskartell veranstalteten am Sonnabendabend im Gewerkschaftshaus eine Versammlung, in der über den blutigen Zusammenstoß mit der Polizei Aufklärung gegeben wurde. Die Versammlung war von mehr als 1000 Personen besucht.

SPD. Paris, 23. August (Eig. Drahtb.)

Die Hoffnung, dass der Streik im Industrieviertel Roubaix-Tourcoing am Sonnabend seine Beilegung erfahren würde, hat sich nicht erfüllt.

Der französische Arbeitsminister Laval, der am Sonnabend nach Paris zurückgekehrt ist, hat sich in mehrstündigen Verhandlungen mit den Delegierten der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände vergeblich um ein Kompromiss bemüht. Seiner Initiative war das allerdings nicht zu unterschätzende Ergebnis beschieden, dass die Arbeitgeber, die noch vor 24 Stunden in einer offiziellen Erklärung jede Konzession abgelehnt hatten, und deren Scharfmachertum auch in der bürgerlichen Presse täglich schärfere Kritik findet, schwankend geworden sind und sich nach längerem Drängen bereit erklärt haben, einen Teil der von dem Minister gemachten Vermittlungsvorschläge anzunehmen. Die von den Arbeitern verlangte Preisgabe der Treuprämien hat Laval jedoch nicht durchzusetzen vermocht. Bezeichnend für die Stimmung in der öffentlichen Meinung ist es, dass selbst ein so weit rechtsstehendes Blatt wie der "Intransigeant" es für einen unbegreiflichen Skandal erklärt, dass die nordfranzösische Textilindustrie sich die Diktatur eines Subjekts von der Art des des Hochverrats beschuldigten Desire Ley gefallen lasse. Obwohl in einer ganzen Reihe von nicht dem Textilindustriellenverband angehörigen Fabriken, die die Forderungen der Gewerkschaften angenommen haben, die Arbeit wieder aufgenommen worden ist, beträgt die Zahl der Streikenden noch immer über 60 000.

SPD. Hannover, 23. August (Eig. Drahtb.)

Der Feuerwerksoberteilnehmer Nürnberger aus Hannover, der bisher in 62 Bombenprozessen vor dem Reichsgericht und zahlreichen anderen Gerichten als Sachverständiger mitgewirkt hat, erklärte dem sozialdemokratischen "Volkswillen", dass er sich den Inhalt der im Gewerkschaftshaus gefundenen Bombe angesehen und gleich der Auffassung Ausdruck gegeben habe, dass es sich nach Geschmack und Farbe um Chloratit handeln könne, ein Sprengstoff, der wiederholt bei Sprengstoffverbrechen benutzt worden sei.

SPD. London, 23. August (Eig. Drahtb.)

Die Independent-Labour-Party, die linke Gruppe der Labour-Party, hat ein Manifest veröffentlicht, in dem die Arbeitslosenpolitik der Labour-Regierung als totaler Misserfolg bezeichnet wird. Der Regierung wird nahegelegt, zur Linderung der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung zu erhöhen durch die Garantie ausreichender Löhne für alle Arbeiter

und ausreichende Arbeitslosenunterstützung sowie die Einführung von Kinderzulagen. Ferner wird gefordert Verringerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche, Errichtung von Einfuhrzentralen zur Stabilisierung der Preise für Lebensmittel und Rohstoffe und Verhinderung der Einfuhr von Waren, die unter unfairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden, schliesslich die Errichtung von Ausfuhrzentralen zur Reorganisierung des Ausfuhrhandels.

SPD. Zürich, 23. August (Eig. Drahtb.)

Die Exekutive der Arbeiter-Internationale hat ihre zweitägigen Beratungen am Sonnabend abgeschlossen. Angenommen wurde u.a. eine Resolution, in der die Einberufung einer besonderen Konferenz zur Behandlung des Arbeitslosenproblems in Gemeinschaft mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Aussicht genommen wird.

Im Rahmen der Debatte über die allgemeine politische Lage wies der Vorsitzende de Brouckère-Belgien auf die Bedeutung des noch ungelösten Saarproblems hin, das eine Ursache von Misstimmung und Reibungen zwischen Deutschland und Frankreich bilde. Es wurde die Einsetzung einer Kommission von Vertretern der deutschen und französischen sozialistischen Partei unter dem Vorsitz von de Brouckère zum Zwecke der Ausarbeitung praktischer Vorschläge zur Lösung des Saarproblems beschlossen. Die Exekutive nahm ferner eine Protestresolution gegen die faschistischen Gewalttaten in Finnland und gegen die Ausrottung des kurdischen Volkes an. Zum indischen Problem wurde einstimmig bei Stimmenthaltung der britischen Delegation folgende Erklärung beschlossen:

"Die Exekutive nimmt die von Gillies namens der britischen Arbeiterpartei und von Brockway namens der Unabhängigen Arbeiterpartei abgegebenen Erklärungen zur Kenntnis und erneuert den Ausdruck ihres Vertrauens, dass es der Arbeiterregierung Grossbritanniens gelingen wird, den Forderungen der indischen Völker nach Selbstregierung in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Sozialismus und der Arbeiterbewegung Genüge zu tun. Indem die Exekutive an die Berliner Resolution über diese Frage erinnert, spricht sie nochmals die Hoffnung aus, dass möglichst schnell und möglichst weitgehende politische Amnestie für Indien unter gleichzeitiger Aufgabe des Feldzuges des staatsbürgerlichen Ungehorsams die erfolgreiche Durchführung der Round-Table-Konferenz ermöglichen wird."

Auf Antrag Albarda-Holland wurde schliesslich noch ein Aktionsprogramm zur Abrüstungsfrage beschlossen, das u.a. internationale Kundgebungen in den wichtigsten Zentren der Arbeiterbewegung und in Grenzorten sowie parlamentarische Aktionen vorsieht.

SPD. Die "Deutsche Staatspartei" ist nunmehr auch von gerichtswegen zugelassen. In dem Verfahren, das der angebliche Schriftsteller Hall-Halfern als Gründer der sogenannten Staatspartei gegen Maruhn, Koch-Weser und Höpker-Aschoff angestrengt hatte, wurde am Sonnabend folgendes Urteil gefällt: "Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wird zurückgewiesen. Die Kosten fallen dem Antragsteller zur Last. Bezüglich der Kosten kann das Urteil gegen eine Sicherheitsleistung von 1000 Mark seitens der Antragsgegner für vollstreckbar erklärt werden."

S&D. Bukarest, 23. August (Eig. Drahtb.)

In Konstantza verhaftete die Sicherheitspolizei einen Rechtsanwalt und drei Studenten, die angeblich enge Beziehungen zu der Berliner Sowjetvertretung und kommunistischen Kreisen in Danzig, Hamburg und Wien unterhalten haben. Die Verhafteten sollen von Konstantza aus die bolschewistische Propaganda in der Dobrudscha und in Bulgarien geleitet haben.

aus aller Welt

Tenholt auf Mördersuche.

Eine neue Affäre des Haas-Jägers von Magdeburg. - Wieder eine falsche Ver-
dächtigung?

SPD. Kriminalkommissar Tenholt, der im Mittelpunkt der Magdeburger Haas-Affäre stand, ist schon wieder der Gegenstand unliebsamer Erörterungen. Dieser Sherlock Holmes in Westentaschenformat, der einer Anwandlung von fast komischem Ehrgeiz in traurem Verein mit dem früheren Landgerichtsrat Kölling gar zu gern den ihm als Juden von vornherein verdächtigen Fabrikanten Haas als Mörder in die Hände der rächenden Justiz geliefert hätte, scheint sich in Gelsenkirchen wohin er versetzt wurde, noch nicht eines Besseren besonnen zu haben. Offenbar ist Tenholt auch am Orte seiner neuen Tätigkeit ein bisschen leichtfertig auf Mördersuche gegangen.

Die Sache wurde ruchbar, durch eine Klage Tenholts gegen einen Invaliden Daniel Dresch, gegen dessen Sohn Karl und gegen den früheren Polizeiwachtmeister Fritz Olschowy. Die Sache wird zurzeit verhandelt; ein umfangreicher Zeugenapparat ist aufgeboten.

Am 21. Juli 1928 fand man im Rhein-Herne Kanal die Leiche eines 26 jährigen Ernst Dresch, Schusswunden wiesen auf einen Mord hin. Tenholt, der gemeinsam mit dem Polizeikommissar Weiss aus Buer den Fall behandelte, verhaftete den Vater und Bruder des Ermordeten. Zum Leidwesen Tenholts mussten aber die Beschuldigten, nachdem sie einige Monate lang in Untersuchungshaft gesessen hatten, wieder in Freiheit gesetzt werden. Es konnte ihnen nichts nachgewiesen werden.

Das dicke, und für Herrn Tenholt eventuell noch recht unangenehme Ende kommt nach. Mörder, die nur deshalb aus der Haft entlassen werden, weil man ihnen nichts nachweisen kann, pflegen im allgemeinen den Mund zu halten. Die beides Dreschs taten das Gegenteil, und man kann daraus immerhin den Schluss ziehen, dass sie in der geheimnisvollen Mordsache ein ziemlich reines Gewissen zu haben scheinen. Mit Hilfe von Material, das der Polizeiwachtmeister Olschowy beschafft hatte, erhoben die zu Unrecht Beschuldigten in aller Öffentlichkeit die schwersten Vorwürfe gegen Tenholt. Es heisst, dass Tenholt die ganze Untersuchung gegen Vater und Sohn nur auf Grund der Aussagen eines Geisteskranken durchgeführt habe; es heisst ferner, dass Tenholt Kassiber gefälscht und die Aussagen der Verhafteten im Protokoll tendenziös geändert habe. Endlich wird dem merkwürdigen Kriminalkommissar direkte Zeugenbeeinflussung vorgeworfen.

Sollten die Vorwürfe der beiden Dresch zu Recht bestehen, so dürfte die Rolle des missratenen Polizeicäsars Tenholt wohl endgültig ausgespielt sein.

+ + +
Tutti ist wieder da!

Aber drei junge Mädchen sind noch immer verschwunden - Menschen, die die Weltstadt vermisst - Von Mädchenhändlern verschleppt? - Die Arbeit der polizeilichen Vermisstenzentrale.

SPD. Wiederholt brachte die Berliner Presse in letzter Zeit Meldungen, in denen mit nüchternen Worten die entsetzliche Tatsache von dem Verschwinden junger Mädchen bekannt gegeben wurde. Abgesehen von einem einzigen Fall lagen Anzeichen von dem Vorliegen eines Mordverbrechens nicht vor. Wer sind diese jungen Mädchen? Was sind es für Charaktere? Wo sind sie?

Eines Tages wird ein junges Mädchen, das sich in Schöneberg aus dem fünften Stockwerk eines Hauses in selbstmörderischer Absicht auf den Hof gestürzt hat, als unbekannte Tote begraben. Drei Wochen später erkennt man erst, dass es sich hier um eines der vermissten jungen Mädchen handelt.

Grosse Freude beim Hundehändler.

Augenblicklich sucht die Berliner Polizei mit allen Kräften nach der 15 jährigen Anneliese Pohl aus Spandau und nach der 17 jährigen Hanna Freitag aus Klosterfelde i.M.; bei Hanna Freitag wird Ermordung befürchtet. Die 16 jährige Gertrud Koch aus Berlin O. konnte am Freitag abend wieder aus der Vermisstenliste der Polizei gestrichen werden: weinend und halb verhungert haben Leute das junge Ding, das sie nach Zeitungsbeschreibungen wieder erkannten, auf einer Bank an der Weberwiese an der Frankfurter Allee aufgefunden. Grosse Freude herrscht Augenblicklich über die Heimkehr der verlorenen Tochter Tutti im Hause des Hundeshändlers Koch in der Fruchtstrasse. Aber das Früchtchen Tutti soll nun erst mal auf ein halbes Jahr zu den Barmherzigen Schwestern ins Kloster, womit sie sich im Prinzip durchaus einverstanden erklärt, wenn sie nicht befürchten müsste - -, aber das muss man in einer wörtlichen Erklärung von ihr hören: "Ich habe bloss Angst, dass ich in dem halben Jahr alle Tanzschritte vergesse, die ich kann und denn kommen doch immer neue Tänze . . ." Verschleppung in der Romantik und in der Wirklichkeit.

Ein junges Mädchen ist verschwunden. Man forscht nach. Man erwägt: es kann ein Unglücksfall oder Verbrechen vorliegen, es kann sich um eine Flucht wegen gänzlich unbekannter Vergehen handeln, oder es können auch geistige Störungen, nervöse Zusammenbrüche oder Zwangshandlungen infolge seelischer Konflikte vorliegen. Vielfach liegen Fälle von Mädchenhändlern vor, der sich freilich nicht in der romantischen Weise abspielt, wie ihn sich das Publikum infolge der Schilderungen in Kriminalromanen meist vorzustellen pflegt. Gewöhnlich ist dieser Mädchenhandel nichts weiter als die Verschleppung junger Mädchen in ausländische, meist überseeische Vergnügungsstätten zweifelhafter Art, die unter der Vorspiegelung eines Engagements als Tänzerin, Christin, oder Bardame erfolgt. In seltenen Fällen landen die so verschleppten Mädchen in regulären Bordellen, meist jedoch in bordellähnlichen Betrieben, in denen sie eine Tätigkeit ausüben, die ein schwer abgrenzbares Mittelding zwischen Prostitution und bürgerlichen Berufen darstellt.

Die Arbeit der Polizei.

Werden solche Personen als vermisst gemeldet, so werden von der Polizei zunächst Nachforschungen bei den Angehörigen und Bekannten, an der Arbeitsstelle und an allen Orten angestellt, an denen die vermisste Person bekannt ist. Lässt sich genügend sicheres Material zusammentragen, so werden auch entsprechende Meldungen in die Fahndungsblätter der Polizei gegeben. Das Publikum macht jedoch der Behörde die Arbeit in den meisten Fällen keineswegs leicht. Die Hauptschwierigkeit für den Fahndungsdienst sind die ungenauen Personalangaben, die der Dienststelle zur Verfügung stehen. Die Unkenntnis der persönlichen Eigenschaften und des Aeusseren der vermissten Person seitens der Bekannten und Angehörigen ist oftmals geradezu verblüffend. Selbst die nächsten Angehörigen kennen sich zuweilen so wenig aus, dass in einem Falle kürzlich nicht einmal eine Einigung über die Haarfarbe der Vermissten unter ihnen erzielt werden konnte. Aehnliche Photographien sind nur sehr selten zu haben; und wenn die Verwandten, vielleicht gar die eigenen Eltern, behaupten, eine vorhandene Photographie sei von sprechender Aehnlichkeit, so stellt sich nicht selten heraus, dass sie infolge Retouche tatsächlich so unähnlich ist, dass es kaum möglich ist, die dargestellte Person wieder zu erkennen.

Der Schupo als billiger Detektiv.

Besonders lästig für die Behörden und die interessierten Personen sind die häufigen voreiligen Anzeigen über angeblich vermisste Personen, deren

Auffindung jedoch den Angehörigen gar keine grossen Schwierigkeiten verursachen würde. Hat sich dann die gesuchte Person inzwischen wieder eingefunden, so versäumen es die Verwandten und Freunde fast regelmässig, die Anzeige bei der Polizei zurückzunehmen. Täglich werden im Berliner Polizeipräsidium Dutzende solcher Fälle als vermisst gemeldet: Frauen, die von ihrem Ehegatten, Männer, die von ihrer Frau gesucht werden, oder auch Freunde und Freundinnen, die den bisweilen aus recht naheliegenden Gründen unsichtbar gewordenen Partner wiederzufinden hoffen. Vielfach wird die Polizei auch nur als ein bequemes und billiges Mittel betrachtet, um die Adresse von Personen zu erfahren, die sich ihrem bisherigen Bekanntenkreis gewöhnlich nur aus Ueberdruß oder wegen Schulden entzogen haben.

Liebe - Prügel - Flucht.

Eine besonders wichtige Gruppe verschwundener Mädchen stellen die meist ganz harmlosen verliebten jungen Damen dar, die infolge des Unverstandes ihrer Eltern oder Pflegeeltern es vorziehen, sich nach irgendeinem mehr oder weniger alltäglichen Liebesabenteuer nicht mehr zu Hause blicken zu lassen. Wenn sie meistens sehr rasch gefunden werden, so ist ihnen damit im allgemeinen herzlich wenig gedient, und den Eltern andererseits war die Sorge um die Vermisste eine wohlverdiente Strafe. Aber leider lernen die wenigsten Menschen aus solchen Erfahrungen, und immer wieder wird gegen die Anknüpfung der harmlosesten Liebesbeziehungen durch die eigene Tochter mit den rigorosesten Erziehungsmassnahmen vorgegangen. Einsperrungen, ja sogar Prügel, gehören in solchen Fällen zu den Alltäglichkeiten. Es ist natürlich kein Wunder, wenn das junge Mädchen, das in einer derartigen Umgebung aufwachsen muss, wenn sie wirklich einmal Anschluss gefunden hat, sich schleunigst aus dem Staube macht. Die Polizei hingegen hat ihre Pflicht vollkommen erfüllt, wenn sie den Angehörigen den Aufenthaltsort der Gesuchten bekannt gegeben hat, und dann fängt bisweilen die Tragödie erst wirklich an.

Helft den Jugendlichen!

Bei Jugendlichen in den Reifejahren liegt beim Verschwinden im übrigen zunächst meist der Verdacht vor, dass der Ausreisser unter dem mächtigen Druck eines sich häufig in diesen Jahren einstellenden Wandertriebes gehandelt hat. Die abenteuerlichsten Pläne werden da ersonnen, Wanderungen ins Ausland, Weltreisen als Schiffsjunge; meist streifen allerdings die jungen Menschen planlos auf der Landstrasse umher. Wir der kleine Delinquent dann wieder eingefangen, so ist gerade bei diesen Jugendlichen grösste Nachsicht und Milde seitens der Erzieher am Platze. Wenn man dem Jugendlichen sein Heim, in dem man ihn zu halten wünscht, möglichst angenehm gestaltet, wird man ihn eher ans Haus fesseln können, als wenn man versucht, dem jungen Menschen das Dasein durch Prügel und allerlei andere Unliebenswürdigkeiten zu vereiteln.

Eine entsprechende Aufklärung des Publikums in diesem Sinne durch die Polizei könnte vielleicht so manchen Fall von "Vermisstsein" vermeiden.

+ + +
Wilhelm als Schützenkönig. Prinzessin Hermine, die Frau des Exkaisers, hält sich zurzeit in Sabor (Schlesien) auf. Zu dem Schützenfest, das hier vor einigen Tagen stattfand, lud die Schützengilde in treudeutscher Dankbarkeit Hermine und ihren Mann ein. Wilhelm beauftragte seinen ältesten Stiefsohn drei Schüsse für ihn abzugeben, und siehe da: der junge Herr traf, im Gegensatz zu den sonstigen Gepflogenheiten der Hohenzollern, tatsächlich ins Schwarze. Der Exkaiser ist also nunmehr höchst offiziell Schützenkönig von Sabor, obschon es der Treppenwitz der Weltgeschichte gewollt hat, dass S.M. selbst zu dieser Würde gekommen ist, ohne dass er etwas dazu getan hat. Man sieht: Wilhelm bleibt nicht nur den Schützen von Sabor, er bleibt sich auch selber treu.

+ + +

Neuer Kinderlähmungsfall in Berlin. Im Hause des an spinaler Kinderlähmung erkrankten Steglitzer Obertertianers ist ein vierjähriges Kind von demselben Leiden befallen worden. Im ganzen beläuft sich die Zahl der in diesem Monat in Berlin an spinaler Kinderlähmung Erkrankten auf sechs Personen.

+ + +
Angeklagte Sparkassendirektoren. Gegen die Direktoren und den Geschäftsführer der Allgemeinen Spar- und Vorschusskasse in Kassel, die vor etwa einem halben Jahr mit sehr grossen Passiven zusammenbrach, ist von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben worden.

+ + +
Berufung gegen Röntgental. Die Staatsanwaltschaft des Schwurgerichts III in Berlin hat gegen das Röntgental-Urteil Berufung eingelegt. Der Staatsanwalt ist der Meinung, dass die von Pankrath geführte Röntgentaler Nationalsozialistengruppe, deren fünf Teilnehmer freigesprochen wurden, an der Schiesserei, wegen der die Berliner Nationalsozialisten sämtlich Gefängnisstrafen erhielten, beteiligt gewesen ist. Auch die Verteidigung hat sich nunmehr zur Einlegung der Revision entschlossen.

+ + +
Ein Mata Hari-Film. Der Berliner Filmregisseur Richard Oswald, dessen ausgezeichnete Tonfilmreportage über den Dreyfuss-Prozess berichtige Anerkennung gefunden hat, gedenkt nunmehr, das Leben der Tänzerin und Spionin Mata Hari filmisch zu verarbeiten.

+ + +
Mysteriöser Tod einer Schönheit. Mrs. Southers, eine der schönsten Frauen des mondänen Seebades Deauville an der französischen Ozeanküste ist am Sonnabend tot in ihrem Bett aufgefunden worden. Am Abend vor ihrem Tode hat Mrs. Southers ihren 35. Geburtstag in voller Gesundheit im Kreise einer grossen Gesellschaft gefeiert. Allerdings ging das Fest mit einem Unglücksfall zu Ende, denn einer der Gäste stürzte, als er die Villa verliess, die Treppe hinunter und zog sich einen schweren Schädelbruch zu. Mrs. Southers erlitt nachts eine Nervenkrise, schlief aber dann nach Einnahme eines Beruhigungsmittels fest ein. Dass sie am anderen Morgen von ihrer Kammerjungfer tot aufgefunden wurde, ist fast ein medizinisches Rätsel.

+ + +
Mildes Disziplinarurteil. Von der Disziplinarkammer am Oberlandesgericht in Dresden wurde der Verwaltungsinspektor Reifer in Neu Gehrsdorf zu 150 Mark Busse verurteilt; ausserdem erhielt Reifer einen Verweis. Dem Angeschuldigten, der beim Fürsorgeamt beschäftigt war, wurde zur Last gelegt, in seinem Dienstzimmer an Mädchen und Frauen Handlungen begangen zu haben, die hart an der Grenze zwischen ungehöriger Vertraulichkeit und unzüchtigen Handlungen liegen. Vom Schöffengericht war Reifer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, im Berufungsverfahren aber von der zweiten Strafkammer beim Landgericht Bautzen freigesprochen worden. Da die Vorgesetzten Reifers der Meinung waren, dass sich der Angeschuldigte des Vertrauens, das sein Amt von ihm fordert, für unwürdig erwiesen habe, wurde ausserdem das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet. Die Disziplinarkammer kam indes zu einer wesentlich mildereren Strafe.

+ + +
Gegen den fliegenden Feind. Die zahlreichen Obstgärten des Kantons von Evreux im Norden Frankreichs werden seit einiger Zeit von grossen Schwärmen von Vögeln, sogenannten "Kreuzschnäbeln" heimgesucht, die sich auf die Apfelbäume stürzen, die Früchte anhacken, das Innere ausfressen und die Schalen an den Bäumen lassen. Man weiss sich vorläufig gegen diese Plage nicht zu helfen, hat aber die Polizeipräfektur mobilisiert, die gegen den fliegenden Feind, der, wie einzelne Blätter melden, natürlich aus Deutschland kommt, die notwendigen Massnahmen ergreifen wird.



Lohnschiedsspruch für das Holzgewerbe.

SPD. Im Reichsarbeitsministerium sind bei den Verhandlungen zur Neuregelung der Löhne des Holzgewerbes durch dessen Lohnamt nach vielen Schwierigkeiten und Verzögerungen, die infolge der anfangs sehr halsstarrigen Haltung der Arbeitgeber eingetreten waren, nunmehr für alle Bezirke gleichlautende Schiedssprüche gefällt worden. Sie besagen: Die seitherigen Ecklöhne bleiben in jedem Bezirk bestehen. Ebenso bleiben die am 1. August bestandenen Stundenlöhne und die betrieblichen Akkordtarife in Kraft. Wo bei diesen Verdienste erzielt werden, die höher liegen als 25 Prozent über dem Tariflohn, soll die Betriebsleitung in Verbindung mit der Akkordkommission berechtigt sein, die Akkordpreise einer Nachprüfung zu unterziehen. Das neue Lohnabkommen soll am 1. September in Kraft treten und bis zum 15. Februar 1931 gelten. Es erhält also den gleichen Ablauftermin wie der Mantelvertrag. Die Erklärungsfrist läuft am 15. September ab.

Die Vertreter der Unternehmer Württembergs und Schlesiens, deren Bezirksverbände aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten sind, machten zu Beginn der Verhandlungen die Anerkennung des Lohnamtes von Zugeständnissen abhängig, die mit den Bestimmungen des noch geltenden Mantelvertrags nicht zu vereinbaren sind und deshalb abgelehnt werden mussten. Das Lohnamt verhandelt infolgedessen in Abwesenheit dieser Arbeitgebervertreter. Trotzdem wurden jedoch die Schiedsprüche auch für Württemberg und Schlesien verkündet.

Ob die Organisationen bereit sind, die Lohnbewegung auf Grund der vorliegenden Schiedssprüche zum Abschluss zu bringen, muss abgewartet werden. Jedenfalls scheint den Unternehmern die Lust vergangen zu sein, durch Aussperrungen Lohnabbau diktate durchzusetzen. Überall sind sie bei ihren Lohnabbauversuchen auf den entschiedensten Widerstand der Holzarbeiter gestossen. Schnell haben sich daher die Unternehmer in der Stuhlindustrie in Rabenau, die mit der Lohnabbauaktion begannen, eines besseren besonnen. Nach zwei Wochen Aussperrung haben sie ihre Arbeiter gebeten, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. In den übrigen Fällen handelt es sich um Aussperrungen geringeren Umfangs. Sie sind zum grössten Teil ebenfalls mit Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Augenblicklich beträgt die Gesamtzahl der noch ausgesperrten Holzarbeiter wenig mehr als 1000. Die scharfe Gegenaktion der Arbeiter, die die Lohnabbauversuche der Unternehmer hervorgerufen haben, scheint auf die Heissporne im Arbeitgeberlager abkühlend gewirkt zu haben.

SPD. Der Berliner Metallarbeiterkongress ging am Sonnabend zu Ende. Die Schlusssitzung war im wesentlichen ausgefüllt mit einer Debatte über den Ausschluss oppositioneller Elemente infolge verbandsschädigenden Verhaltens.

Zwei kommunistische Verbandsmitglieder hatten sich geweigert, eine Erklärung zu unterschreiben, dass sie die Beschlüsse der kommunistischen Internationale und der KPD-Zentrale in der Gewerkschaftsfrage, soweit sie den Beschlüssen der Organisation entgegenstehen, nicht anerkennen. Der Verbandsausschuss hatte die Bestätigung der Ausschlüsse dieser Mitglieder abgelehnt mit der Begründung, die beiden hätten sich keine, direkt gegen die Interessen des Ver-

bandes verstossende, Handlungen zu Schulden kommen lassen. In namentlicher Abstimmung wurde vom Kongress die grundsätzliche Frage, ob der Verbandsvorstand das Recht hat, in gewissen Fällen von Mitgliedern die schriftliche Erklärung zu verlangen, dass sie sich auf dem Boden des Statuts und der Verbandsbeschlüsse stellen, mit 180 gegen 121 Stimmen bejaht. Die Ausschlüsse der beiden Mitglieder wurden mit grosser Mehrheit bestätigt. Einstimmig beschloss ferner der Verbandstag die Zurückweisung der Beschwerde ehemaliger Verbandsmitglieder, die wegen ihrer Kandidatur auf sogenannten Oppositionslisten bei den Betriebsratswahlen aus dem Verband ausgeschlossen worden sind.

Der Verbandsvorsitzende Reichel dankte dem Verbandstag für das Vertrauen, das er dem alten Vorstand durch die Wiederwahl ausgesprochen hat. In seinem Schlusswort beleuchtete Reichel den vorbildlichen kameradschaftlichen Geist, in dem die Verhandlungen des Verbandstages geführt wurden. Dieser Geist berechtigt zu der Erwartung, dass auf den kommenden Verbandstagen der Metallarbeiter ein noch viel einheitlicherer und geschlossenerer Wille vorherrschend sein werde. In der Würdigung der Arbeit des Verbandstages hob Reichel mit besonderem Nachdruck hervor, dass sich der Kongress energisch für die Verkürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden pro Woche eingesetzt hat. Ueber das Jahrzehnte lang gesteckte Ziel des Achtsturentages hinaus habe der Kongress die Einführung der 44 Stundenwoche gefordert und dabei gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, dass selbst eine noch weitere Verkürzung der Arbeitszeit möglich und notwendig. Für den technischen Fortschritt habe sich der Kongress durchaus positiv ausgesprochen, gleichzeitig jedoch vor einer überstürzten und systemlosen Rationalisierung gewarnt, durch die Millionen von arbeitswilligen Menschen der Arbeitslosigkeit ausgeliefert werden. Dank der gewerkschaftlichen Erfolge könne der Arbeiter heute ein höheres Lebensalter erreichen als früher, aber dieser Fortschritt werde in einer Zeit hemmungsloser Rationalisierung für die Arbeiterschaft zu einer Geissel, wenn nicht für die Existenz des Arbeiters Sorge getragen werde. Auf die Sicherung dieser Existenz sei das Streben der Gewerkschaften in erster Linie gerichtet. Die Bürgerblockregie- rung gebe sich den Anschein, als ob das auch ihr Ziel sei, allein ihr Versuch, die Wirtschaft durch Arbeitsbeschaffung anzukurbeln - sein Erfolg sei im Augenblick noch recht zweifelhaft - sei weniger ihrem Willen als dem Drängen der Gewerkschaften zu verdanken. Wenn die Arbeiterschaft ihr Los verbessern wolle, dann müsse sie vor allem den freien Gewerkschaften in ihrer schweren Arbeit helfen. Durch einen kräftigen Erfolg der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen könne der Gewerkschaftspolitik grösserer Einfluss in Staat und Wirtschaft gesichert werden.

Mit einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiterverband und die internationale Arbeiterbewegung schloss Reichel den Kongress. Der nächste Verbandstag findet in Dortmund statt.

SPD. Die ostpreussischen Agrarier hatten die Kühnheit, trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit unter den Landarbeitern die Zulassung von 3000 polnischen Wanderarbeitern zur Kartoffelernte zu fordern. Das Reichsarbeitsministerium hat diese dreiste Zumutung zurückgewiesen.

SPD. Die Kommunisten haben in Frankfurt a.M. mit ihrer Notstandsarbeiterbewegung böses Fiasko gemacht. Ihre Parole, in passiven Widerstand einzutreten, wurde von der Mehrzahl der Notstandsarbeiter nicht befolgt.

Direktorengehälter.

120 000 Mark Jahresgehalt = 5 % der Einnahmen.

SPD. Die Unkostensenkung der Unternehmer vollzieht sich bekanntlich in der Art, dass man die an sich niedrigen und unzulänglichen Löhne abbaut, während man die hohen Direktorengehälter als Kräutchen Rühr-mich-nicht an betrachtet. Noch nie hat man gehört, dass die Verwaltung ihre Abbaukünste mal an Direktoren und Direktorengehältern versuchte. Hier wird immer behauptet, die Direktorengehälter seien, so hoch sie auch im Einzelfall erscheinen, für die allgemeine finanzielle Entwicklung der Unternehmen recht unwesentlich. Ein Abbau würde sich auf die Unkosten des Unternehmens so gut wie gar nicht auswirken. Geht man den einzelnen Fällen nach, so kommt man zu einer ganz anderen Ansicht. Das gilt z.B. für den Generaldirektor der Ceres, der ein Jahresgehalt von nicht weniger als 120 000 Mark bezieht. Auch er gehört zu den Direktoren, die sich des sicherlich angenehmen Vorzugs erfreuen, dass ihr Gehalt nicht abgebaut wird.

Die Ceres ist eine Hagelversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit. Gewiss werden in der Privatindustrie noch höhere Direktorengehälter gezahlt. Im Falle Ceres muss aber bemerkt werden, dass es sich bei der Gesellschaft um ein verhältnismässig kleines Unternehmen handelt. Wir gehen nicht fehl, wenn wir ihre jährlichen Prämieinnahmen auf 2 Millionen Mark schätzen. Die Jahreszahlung von 120 000 Mark an den Generaldirektor der Ceres bedeutet also, dass jede Prämie mit mehr als 5% allein zu Gunsten des Herrn Generaldirektors belastet wird. Wir können uns vorstellen, dass man das Gehalt des Herrn Generaldirektors auf 20 000 Mark heruntersetzte, ohne dass er am Hungertuche nageln müsste. Denn könnten aber die Prämienätze bei dieser Gesellschaft mit einem Schlag um etwa 5 % herabgesetzt werden. Was das für die Landwirtschaft, über deren Not uns auch von Generaldirektoren bei verschiedenen Gelegenheiten so viel erzählt wird, oder für die gärtnerischen Betriebe bedeutet, brauchen wir kaum zu sagen. Das Tollste im Falle Ceres ist aber die Tatsache, dass die Ceres ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit ist, also eine Art Genossenschaft. Die Gehaltszahlung von 120 000 Mark an einen Generaldirektor verträgt sich sehr schlecht mit genossenschaftlichem Geist. Aber davon will man auch bei der Ceres nichts wissen, denn die Ceres ist nur ein Beispiel dafür, wie die Unternehmungsform des Gegenseitigkeitsvereins ein Deckmantel ist, um den Profitcharakter solcher Unternehmen gegenüber den Versicherungsnehmern zu verschleiern und sie in aller Form zu täuschen.

In diesem Zusammenhang können wir auch einmal etwas Erfreuliches vom Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung berichten, das beim Zusammenbruch des Frankfurter Lebensversicherungskonzerns so schmachlich versagte. In diesem Amt sitzen in der Hauptsache Leute, die mit den grossen Versicherungsgesellschaften engste Tuchfühlung haben. Sie kommen meistens auch aus dem Versicherungsgeschäft und es lässt sich schon verstehen, dass eine Krähe der anderen kein Auge aushackt. Im Falle Ceres hat das Reichsaufsichtsamt aber zugegriffen und wenigstens die Höhe des Direktorengehaltes beanstandet. Was weiter daraus geworden ist, wurde bis jetzt leider nicht bekannt. Immerhin sind wir geneigt, einen grundsätzlichen Fortschritt zu konstatieren, wenn sich das Reichsauf-

sichtsamt auch einmal um die Höhe der Direktorengehälter kümmert und mit dem in der kapitalistischen Wirtschaft herrschenden Grundsatz: "Der Profit ist heilig" bricht.

Aufgabe der Wählerschaft wird es sein, dafür zu sorgen, dass sich der Gedanke der staatlichen Kontrolle über die Wirtschaft durchsetzt. Erst so kann die Möglichkeit geschaffen werden, ähnliche Misstände wie im Falle Ceres und ihre Beseitigung zu erzwingen.

SPD. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats ist auf Donnerstag einberufen worden. Er wird sich mit der Preissenkungsliste zu beschäftigen haben, die die Reichsregierung am Freitag Abend veröffentlichte. Der genaue Inhalt dieses Briefes an den Reichswirtschaftsrat ist noch nicht bekannt. Nach den Mitteilungen der Regierung wünscht sie weitere Untersuchungen; u.a. wird man sich näher mit der Zementindustrie zu beschäftigen haben. Es handelt sich also um die Einleitung von neuen Generalenqueten. Selbst wenn der Wirtschaftspolitische Ausschuss mit Hochdruck arbeitet, wird die Abwicklung der Fragen so viel Zeit brauchen, dass der Preisabbaukanzler Brüning über den kritischen Termin des 14. September hinwegkommen wird. Das ist ja wohl auch der Zweck der Übung.

Jedenfalls hat sich die Mehrheit des Wirtschaftspolitischen Ausschusses im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat die Preissenkungsaktion ganz anders vorgestellt und mit vollem Recht, auf Grund der grossen Worte und Versicherungen, mit denen die Regierung die in der Notverordnung verfügte Kartellgesetzverschärfung der Öffentlichkeit übergab. Man nahm an, dass sich die Regierung etwas bei Erlass dieser Notverordnung gedacht habe und dass sie bestimmte Fälle wo unzweifelhaft unwirtschaftliche Preisbindung vorliegt, herausgreifen würde. Das wäre der Regierung auf Grund der vorhandenen sehr reichlichen Materialsammlung ohne weiteres möglich gewesen. Schliesslich kann man von einer Reichsregierung zumindestens das erwarten, was z.B. die Beamten bei der Reichspost bei Vergebung der zusätzlichen Aufträge zuwege gebracht werden konnte. Aufgabe des Reichswirtschaftsrats könnte es höchstens sein, dass er die von der Regierung ins Auge gefassten Massnahmen gegen die Preisüberhöhung begutachtet. Die Regierung aber überschüttet den Reichswirtschaftsrat mit Generalenqueten, die der Reichswirtschaftsrat gar nicht haben will, und versucht, die Verantwortung dem Reichswirtschaftsrat zuzuschieben, die die Regierung auf Grund der ganzen Aktion und der ganzen Struktur der Notverordnung einzig und allein zu tragen hat. Wir haben von Anfang an befürchtet, dass die Preissenkungsaktion nur Wahlmanöver und Theaterdonner ist. Die Ereignisse haben uns leider Recht gegeben.

Das beweist besonders das Kapitel der Markenartikel. Dass hier eine ganz besondere Preisübersteigerung vorliegt, steht zweifellos fest, trotz aller Rechen- und Täuschungsmanöver der Markenfabrikanten und des Handels. Der Reichswirtschaftsrat hat sich in seinem Gutachten klipp und klar dafür ausgesprochen, dass die Regierung hier unverzüglich gegen die Auswucherung der Bevölkerung vorgehen soll. Die Öffentlichkeit erwartete hier entsprechende Schritte und Massnahmen der Regierung. Sie sieht sich enttäuscht. Auch hier wieder neue Enqueten, die keiner verlangt hat und die überhaupt keinen Sinn haben. Vermisst wird die Tat. Vermisst wird die Bereitwilligkeit, die schon vor Wochen gegebenen Versprechungen zu erfüllen.

Der Beschluss des Reichswirtschaftsrats, die Regierung aufzufordern, etwas gegen den Wucher mit Markenartikeln zu tun, ist bekanntlich mit 17 Stimmen der Arbeitnehmer und der Verbraucher gegen 10 Stimmen der Arbeitgeber angenommen worden. Der Reichswirtschaftsrat ist ein berufsständiges Parlament und es zeigt eben die Gefahr und die Schwächen berufsständiger Körperschaften darin,

dass sich das Standesinteresse über das allgemeine Interesse hinwegsetzt. So erklärt sich die Ablehnung der Arbeitgeber im Wirtschaftspolitischen Ausschuss. Trotzdem die Arbeitgeber in der Minderheit blieben, haben sie es erreicht, dass die Regierung gegenüber den zweifelfreien Markenwucher passiv bleibt. Es wird lustig weitergewuchert. Anscheinend gelten der Regierung Brüning-Schiele die 10 Stimmen der Arbeitgeber mehr als die 17 Stimmen der Arbeitnehmer und der Verbraucher. Für den Wähler, der am 14. September über die neue Regierung zu entscheiden hat, ist das äusserst wichtig zu wissen.

SPD. Der Partei Vorstand der Wirtschaftspartei hat in einer Sitzung, der der Reichsjustizminister Dr. Bredt beiwohnte, beschlossen, dass der wirtschafts= parteiliche Vertreter im Reichskabinett sich bei Behandlung des deutsch=finni= schen Handelsvertrages auf die "Seite der Landwirtschaft zu stellen habe". Während also die Spitzenverbände der Wirtschaft, der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Industrieverbände der einzelnen Länder, die Industrie= und Han= delskammern, der Gross= und Ueberseehandel usw. dringend vor einer Kündigung des deutsch=finnischen Handelsvertrages warnen, erklärt sich die Wirtschaftspartei für eine Kündigung dieses Vertrages. Die Wirtschaftspartei ist also bereit, die Abenteuerpolitik der Grossagrarien mitzumachen, die unsere Waren= ausfuhr ganz erheblich drosselt, die Wirtschaftskrise verschärfen und den Ar= beitsmarkt mit Hunderttausenden von arbeits= und brotlos gewordenen Existen= zen aufs neue belasten muss.

Es ist klar, dass der Partei Vorstand der Wirtschaftspartei, als er seinen Beschluss fasste, nicht der wirtschaftlichen Vernunft, sondern den Ratschlägen engstirniger Interessenstrategen folgte. Auf verschiedenen Tagungen des Han= dels und der Landwirtschaft haben gerade die Vertreter des Butterhandels er= klärt, die deutsche Landwirtschaft müsse eine ebenso hochwertige Ware liefern wie das Ausland das tut. Dann würde der Einzelhandel auch deutsche Butter ver= kaufen und auf den Verkauf der ausländischen Butter verzichten. So lange die deutsche Landwirtschaft das nicht tue, müsse der Handel ausländische Butter vertreiben. Der Handel weiss sehr wohl, wo der Hase im Pfeffer liegt; er weiss, dass der schlechtere Absatz deutscher Butter nicht auf den billigeren Preis der ausländischen Butter, sondern auf die schlechtere Qualität der deutschen Butter zurückzuführen ist und dass man diesem Uebelstand nicht mit Zöllen, sondern nur durch eine Qualitätsaufbesserung abhelfen kann. Trotzdem ent= schliesst sich der Partei Vorstand der Wirtschaftspartei, die auf die Stimmen des Einzelhandels spekuliert, die Schiele'sche Abenteuerpolitik mitzumachen, die auch nicht für den Einzelhandel ohne ungünstige Folgen bleiben kann.

Welche Gründe sprechen hier mit? Der Beschluss der Wirtschaftspartei be= weist das Bestreben, sich bei der Landwirtschaft anzubiedern. Die zahlreichen Hinweise aus agrarischem Lager, dass der letzte Verbraucher zu hohe Preise be= zahle, während der Landwirt zu niedrige Preise bekomme und dass der Handel überhöhte Zwischengewinne einstecke, werden im Einzelhandel sehr unangenehm empfunden. Der Einzelhandel wittert in den Bestrebungen der Landwirtschaft, mit gesetzlichen Mitteln und Mitteln der Marktbeeinflussung die Gefahr, dass seine Handelsgewinne verkürzt und gedrückt werden. Der Handel hat schon recht, dass die verschiedenen agrarpolitischen Massnahmen der letzten Zeit auf eine Kar= tellierung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte hinauslaufen. Was die In= dustrie durch freiwillige Zusammenarbeit in Form von Kartellen und Syndikaten erreicht, nämlich die Preisstegung, dass erreicht die Landwirtschaft durch Zölle, Exportprämien, Zwangsvorschriften, Zwangszusammenschlüsse und Marktbe= einflussung der verschiedenen Art. Gegenüber den steigenden Erzeugerpreisen und der Gefahr einer Verkürzung der Handelsgewinne sucht der Einzelhandel zwei= fellos ein Kompromiss dahin, mit der Landwirtschaft gemeinsam die Preise zu

steigern und die Preissteigerung auf den Konsum abzuwälzen. So erklärt sich der Anbiederungsversuch der Wirtschaftspartei in der Frage des deutsch-finnischen Handelsvertrages.

Dass die Landwirtschaft solchen Anbiederungsversuchen zugänglich ist und nicht mit Konzessionen spart, um Bundesgenossen für ihre Agrarpolitik zu gewinnen, beweist die Tatsache, dass Vertreter landwirtschaftlicher Organisationen im aufgelösten Reichstag die Bestimmung im Brotgesetz zu Fall brachten, dass Brot in Zukunft nur nach Gewicht verkauft werden darf. Diese Bestimmung wurde erst auf Betreiben der Sozialdemokraten in ein anderes Gesetz eingefügt. Sie hat den Sinn, den Wucher der Bäcker zu unterbinden. An der Unterbindung dieses Wuchers hat die Landwirtschaft das grösste Interesse, weil billigeres Brot grösseren Getreideabsatz bedeutet. Die Landwirtschaftsführer stimmten aber mit den Wirtschaftsparteilern dagegen. Man scheint also in Kreisen der Agrarführer bereit zu sein, das Lebensmittelkartell mit dem Einzelhandel gegen die Verbraucher zu machen. Durch ein solches Kartell werden die erhöhten Erzeugerpreise auf die breiten Massen der Verbraucher abgewälzt. Am 14. September ist Gelegenheit geboten, diese sauberen Machenschaften zu verhindern. Darum kann am 14. September die Losung nur heissen: Wählt Liste 1. SPD.

SPD. Der Bund Deutscher Mietervereine (Sitz Dresden), der auf sein 30-jähriges Bestehen zurückblicken kann, hält seinen Mietertag in der Zeit vom 28. August bis 1. September in Dresden ab. Die Tagung wird sich insbesondere mit der Entwicklung der Mietzinsbildung, der Schaffung eines sozialen Mietrechtes und sonstigen wohnungspolitischen Fragen befassen. Es sind folgende Vorträge vorgesehen: Reichspräsident Löbe über "Die Wohnungsfrage eine Kulturfrage", Rechtsanwalt Gross über "Wohnungswirtschaftsgesetz", Oberlandesgerichtsrat Dr. Dr. Bovensiepen-Kiel über "Eigentum und Enteignung" und Baumeister Seidler über "Die Entwicklung der Alt- und Neubaumieten". Ausserdem wird auf der Tagung zu den bevorstehenden Reichstagswahlen Stellung genommen.

SPD. Die Internationale Genossenschaftliche Frauenkonferenz in Wien nahm mit 92 gegen 24 Stimmen eine Entschliessung an, in der die Genossenschaftlerinnen aufgefordert werden, sorgfältig die verschiedenen Methoden zur Befreiung der Mütter von der doppelten Bürde der Hausarbeit und des Lohnverdienstes zu studieren. Den letzten Punkt der Tagesordnung "Kampf gegen den Krieg" wollten die russischen Delegierten benutzen, um eine kommunistische Entschliessung auszudrücken. Die Konferenz lehnte das mit erdrückender Mehrheit ab und nahm eine Resolution an, in der darauf verwiesen wird, dass die imperialistischen Treibereien einen neuen Krieg befürchten liessen; die Frauen lehnten sich dagegen auf, begrüsst alle Abrüstungsbestrebungen, und forderten energischere Anstrengungen für eine vollständige Entwaffnung. Die Friedensverträge hätten nur teilweise Entwaffnung einzelner Völker herbeigeführt. Die Entwaffnung werde nur dann eine moralische Tat sein, wenn ihr die allgemeine Abrüstung in den anderen Ländern folge.

SPD. Die Forschungsstelle für den Handel führt in Verbindung mit dem Reichsverband des kreditgebenden Einzelhandels regelmässig eine Monatsstatistik über Teilzahlungsgeschäfte durch, deren Ergebnisse erstmalig für den Monat Mai und Juni 1930 vorliegen. Danach hat der Maiumsatz nur 62,8 % und der Juniumsatz nur 68 % des Umsatzes vom gleichen Monat des Vorjahres betragen.

Die Einkaufsdispositionen haben sich dem rückläufigen Umsatz entsprechend angepasst. Mai 1930 betrug der Wareneingang 63,1% und Juni 60,4 % der entsprechenden Monate des Vorjahres. Ein Rückgang der Kasseneingänge lässt sich kaum feststellen. Die Vergleichsziffern zum Vorjahre sind für Mai 91,9 % und für Juni 102,0%.

Roggen fest, Weizen gestützt.

(Berliner Getreidebörse vom 23. August)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Sonnabend Weizen matt, Roggen dagegen fest veranlagt. Das Angebot an inländischem Weizen war recht reichlich, teilweise sogar dringend gehalten, während sich die Kauflust in engen Grenzen hielt. Demzufolge mussten die Preise gestützt werden, um stärkere Rückschläge zu vermeiden. Am Markte der Zeitgeschäfte gingen die Notierungen um etwa $1\frac{1}{2}$ bis 2 Mark zurück. Im Gegensatz hatte Roggen am Zeitmarkt recht lebhaftes Geschäft bei steigenden Preisen. In effektiver Ware war das Angebot recht knapp. Die Mühlen und Händler zeigten grosse Kauflust und da gleichzeitig die Sützungsstellen kauften, konnten hier Preisavancen von 2 Mark erzielt werden. Weizenmehl hatte sehr ruhiges Geschäft bei unveränderten Preisen. Nach Roggenmehl, insbesondere den billigeren Provinzmarken, zeigte sich grössere Nachfrage, sodass hier Preisgewinne von etwa 1 Mark erzielt werden konnten. Hafer lag ruhig bei stetiger Tendenz.

	<u>22. Aug.</u>	<u>23. Aug.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	253 - 256	253 - 256
Roggen	171	173
Braugerste	205 - 225	205 - 225
Futter- und Industriergerste	183 - 198	183 - 198
Hafer	192 - 202	192 - 202
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,50 - 37,50	29,50 - 37,50
Roggenmehl	24,50 - 26,75	24,75 - 27,00
Weizenkleie	9,75 - 10,00	9,75 - 10,00
Roggenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 261 (Vortag 263), Oktober 264 (265), Dezember 271 (272 $\frac{1}{2}$), Roggen September 180 (179), Oktober 186 (184), Dezember 195 (194), Hafer September 182 $\frac{1}{4}$ (185), Oktober 186 (187), Dezember 192 (193 $\frac{3}{4}$)

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 23. August: I. 136 Mark, II. 124 Mark, III. 108 Mark je Zentner. Tendenz: sehr ruhig.

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

13. Tag. V. Klasse. - Vormittagsziehung vom 23. August.

2 Gewinne zu je	10 000 Mk.	248278				
2 Gewinne zu je	5 000 Mk.	276728				
14 Gewinne zu je	3 000 Mk.	35357	88563	121416	126031	233130
		297442	305141			
16 Gewinne zu je	2 000 Mk.	30821	40495	102253	112207	168643
		352813	375563	379127		
46 Gewinne zu je	1 000 Mk.	4088	10655	19962	37715	40158
		47085	106744	118020	139811	194687
		194714	205612	209206	209651	213767
		279686	326000	335144	353839	356796
		360032	364140	377082		
84 Gewinne zu je	500 Mk.	51998	53546	59015	59112	91804
		98614	106627	107943	138394	147090
		152335	182156	182169	184087	188906
		211353	213059	215728	238268	239802
		250238	251628	259020	261348	265876
		267872	268088	285990	313359	316756
		318263	326435	330008	337196	346462
		358707	359429	364806	366557	367858
		381309	387547			
226 Gewinne zu je	300 Mk.	1330	7112	8551	11123	11874
		19275	19783	26275	26903	28657
		32131	34412	45851	46458	53696
		54106	56041	63043	64193	66962
		79336	83880	84069	86622	86705
		89411	89947	90579	90765	93622
		94185	98143	110131	112901	115986
		117104	119691	124117	127844	130076
		131122	132772	135330	142450	149469
		150155	153268	153662	158044	166321
		168703	169432	173808	174543	174883
		177454	185412	186489	191699	192339
		196134	200055	203209	203905	204678
		205618	218861	222757	229248	233626
		238320	240218	243173	244301	246144
		246946	257597	258935	263294	263391
		273384	274398	276481	281658	283696
		287048	287296	288471	290214	290292
		292465	297221	300271	301466	305484
		307814	308013	309867	312588	313560
		313615	320715	329862	334687	338357
		360026	371244	384691	386092	389504
		393421	394703	395327.		

13. Tag. - V. Klasse - Nachmittagsziehung vom 23. August.

2 Gewinne zu je	100 000 Mk.	113809				
8 Gewinne zu je	3 000 Mk.	32154	161611	179530	307230	
24 Gewinne zu je	2 000 Mk.	2605	50455	65539	79219	95685
		101585	154554	154756	242959	284214
		345422	368114			

30 Gewinne zu je 1 000 Mk.	38418	42084	55933	66017	106139	110342
	126409	162930	199667	224907	236181	294383
	326393	390326	393442			
54 Gewinne zu je 500 Mk.	21502	48350	59426	68424	87115	88766
	95162	116802	146196	162619	166611	187796
	187884	191975	192458	203549	210969	216489
	222297	225086	230458	247948	252062	280721
	313963	366398	389117			
208 Gewinne zu je 300 Mk.	5052	6979	9810	13761	19752	23756
	28456	29415	29622	37672	43052	43124
	46940	53792	54474	60809	61493	64104
	67431	69542	70293	71239	71792	75023
	82074	83783	86055	90790	91445	92634
	93283	99550	104606	105679	105991	107863
	108104	108104	108921	109166	109402	119412
	120892	126694	131629	137148		138026
	138757	139438	143559	145070	145960	146942
	151973	156638	158538	159983	165199	166154
	174937	176820	178059	185825	187120	195260
	203525	208367	212116	215447	216011	225217
	230537	234890	235710	237421	249222	249827
	251503	255452	258125	262100	268445	269865
	274917	288331	288821	291074	300834	309514
	328531	329920	338072	339235	341551	345660
	350251	352407	353235	372552	375639	385229
	386036	387447	390967	391043		

Im Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je 500 000 Mk.	2 Gewinne zu je 500 000 Mk.
2 Gewinne zu je 75 000 Mk.	2 Gewinne zu je 50 000 Mk.
8 Gewinne zu je 25 000 Mk.	54 Gewinne zu je 10 000 Mk.
98 Gewinne zu je 5 000 Mk.	226 Gewinne zu je 3 000 Mk.
440 Gewinne zu je 2 000 Mk.	1148 Gewinne zu je 1 000 Mk.
2520 Gewinne zu je 500 Mk.	6552 Gewinne zu je 300 Mk.

SPD.